

Die Beschlagnahme der Münchener Flugzeuge. Bürgermeister Reumann hat heute vormittags in Angelegenheit der Beschlagnahme der Münchener Flugzeuge bei Colonel Barree und der interalliierten Kontrollkommission für Luftschiffahrt in Oesterreich vorgesprochen. Es waren bei dieser längeren Unterredung auch die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans anwesend und es wurde hierbei insbesondere die Frage des Luftschiffverkehrs in Oesterreich überhaupt besprochen. Zur vorläufigen Massnahme der Beschlagnahme der Münchener Flugzeuge hat der Umstand Veranlassung gegeben, dass es sowohl in München als auch in Wien unterlassen wurde, das notwendige Einvernehmen mit den interalliierten Kontrollkommissionen zu pflegen. Colonel Barree sprach dem Bürgermeister gegenüber den Dank für die Aufnahme aus, die die Vertreter der auswärtigen Staaten in Wien gefunden haben. Er versicherte, daß von Seite der interalliierten Mächte alles getan werde, damit die Entwicklung Wiens in Verkehrspolitischer Hinsicht keine Hemmung erfahre. Dem internationalen Flugverkehr werde auch das Asperner Flugfeld dienstbar gemacht werden können, wobei die Rechte der Gemeinde Wien in keiner Weise beschränkt werden sollen.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, vom 22. Oktober 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß Gemeinderat Franz Siska (Tscheche) auf sein Mandat verzichtet hat. An seine Stelle wurde der Ersatzmann Gottlieb Bucher einberufen, welcher das Gelöbnis leistet.

Gespendet haben: Die Reichsvereinigung der Lehrerschaft in Rom zu Gunsten der armen Kinder Wiens 157.800 K.

Die Firma Schier, Schalk und Munsch in Wien zugunsten der armen Wiens 50.000 K.

Das Komitee für Sammlungen zugunsten hungernder Wiener Kinder in Bern 18.000 K.

Paul Laacher in Neu-Chatel (Schweiz, für das krmste Wiener Waisenhaus 1000 K.

Charlotte Arenberger I., Tuchlauben und die Direktion des Hotel de France für die Armen des I. Bezirkes je 1000 K.

Sigmund Bosl, I., Friedrich Schmidtplatz für die Armen des I. Bezirkes 300 K.

Heinrich Ephron, Weiburggasse für die armen Kinder des I. Bezirkes 500 K.

Emanuel Bergmann in Frankfurt am Main 1000 K für ein armes Wiener Kind.

Für die Armen Wiens: Anton Wladimir Stankiewicz von Mogila in Wien III., 300 K.

Fabrikant Dr. Alfred Hirach, XVIII., 300 K.

Hugo Frankl, Oberrevident der Südbahn 100 K.

Geza Spitzer, XX., Pappenheimgasse 50 K.

Fritz Birnbaum, XIX., Peter Jordanstraße für christliche und israelitische Waisenkinder je 100 K.

Das amerikanische Rote Kreuz in Wien für die Kinder XIX 8000 Pfund Strickwolle.

Dr. Emilie Siegel in Spokane Amerika, für notleidende Kinder und Mütter 6 Kisten Kondensmilch.

Das amerikanisch lutherische Hilfsstelle für Europa für Bedürftige Wiens 6 Kässer Kondensmilch.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Bgm. Reumann teilt mit, daß zu den Geschäftsstücken 1, 3, 5, 6, 8, 9, 10, 12, 13 und 14 keine Wortmeldung vorliegt, diese daher als angenommen gelten.

StR. Speiser (Soz. Dem.) bezieht über die Abänderung bzw.

Ergänzung für diestädtische Krankenfürsorge und werden seine Anträge genehmigt.

StR. Speiser (Soz. Dem.) referiert über einen anlässlich der Durchführung der Unterrichtsreform in den Volks- und Bürgerschulen notwendig gewordenen Pauschalbetrag, der zur Anschaffung der erforderlichen Rohstoffe und Werkzeuge für den im Anschluss an den Sachunterricht zu betreibenden Werkstattunterricht sowie zur Anschaffung von Sandkisten für den Heimatkundeunterricht Verwendung finden soll. Das Pauschale soll mit 400 K für jede Knabenvolksschulklasse, mit 200 K für jede Mädchenvolksschule, mit 600 K für jede Knaben- und mit 300 K für jede Mädchenbürgerschulklasse bemessen werden. Das Gesamterfordernis hierfür betrage 1,750.000 K, wozu noch die Kosten für die Ausbildung der Lehrkräfte in der Handhabung der neuen Unterrichtsmethoden mit 100.000 K kommen. Der Referent ersucht um Bewilligung des Gesamterfordernisses von 1,850.000 K.

GR. Wawerka (Christl.-soz.): Es wird hier dem Wiener Gemeinderat eine Vorlage unterbreitet, die einen Kostenaufwand von rund 1 3/4 Millionen für Zwecke der Unterrichtsform beinhaltet, während tatsächlich dieser Betrag schon zur Auszahlung gelangt ist. Dadurch sinkt der Gemeinderat zu einer Abatimmungsmaschine herunter und es ist dies ein Vorgang, den man mit der Würde des Gemeinderates nicht vereinbaren kann. Morgen wird wieder durch die Zeitungen der Ruf erschallen, was für die Schulen geleistet wird. Diese 1 3/4 Millionen haben Sie von den Bedürfnissen der Schulen bisher abgezackt. Es sind wirklich dringende Bedürfnisse der Schulen nicht erfüllt worden. Die Lernmittel befinden sich in einem solchen Zustande, der ein Skandal ist. Wenn dies so fortgeht, wird der normale Fortgangsunterricht in Frage gestellt sein. Die baulichen Herstellungen hat man heuer glatt abgelehnt. Man hat nicht einmal die Fensterscheiben einschneiden lassen, so dass in einer Schule mehr als 50 Scheiben zerschlagen sind und die Heizmittel verschwendet werden. Die Turnsäle befinden sich in einem Zustande, dass eine Menge Geräte nicht verwendbar sind. Es sind keine Kreide- und Tafeltücher vorhanden. Die Pauschalien sind so gering, dass nicht einmal Tinte gekauft werden kann. Heute wird eine Abordnung von Schulleitern erscheinen und ich werde sie dem Herrn Referenten vorführen, die eine Eingabe überreichen werden, in der erklärt wird, dass in kürzester Zeit der normale Unterrichtsbetrieb stillstehen wird, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird.

GRin Gabrielle Walter (Christl.-soz.) bemängelt die ungleiche Behandlung der Knaben- und Mädchenschulen in der Beteilung mit Arbeitsmaterial. Nach ihrer Anschauung sei der ganze Arbeitsunterricht, wie er im neuen Lehrplan festgelegt wurde, praktisch wertlos, weil er im Grunde genommen, auf eine Spielerei hinauslaufe. Gegen diese Verallgemeinerung der Reform sprechen auch gewisse wirtschaftliche Gründe, zumal ja jetzt die geringsten Beihilfe grossen Aufwand erfordern. Die sogenannten Schulspaziergänge können unmöglich pädagogische Erfolge erzielen, denn die Lehrerin beschäftigt sich nur mit einer kleinen Gruppe der Schülerinnen, die anderen bleiben unbeaufsichtigt und treiben Alotria. Die Schulreform befriedige weder die Eltern noch die Lehrerschaft, sie werde erst dann allgemein Anklang finden, wenn sie unter Berücksichtigung praktischer Erfahrungen aufgebaut ist und sich auch die sittlich-religiöse Erziehung unermittelt gewährleistet.

GR. Rummelhardt (christl.-soz.) Die Unterrichtsreform wurde nicht aus Interesse für das Schulwesen und die Erziehung der Kinder durchgeführt, sondern hier liegt ein Politikum vor, das zu agitatorischen Zwecken ~~xxxx~~ auf Kosten unserer Kinder ausgenutzt wurde. Diese Schulreform muss über Nacht eingeführt werden, ganz gleichgültig, ob die notwendige Grundlage schon geschaffen war. Vorige Woche sind erst die Berichte über die provisorischen Versuche zum Staatsamt hinaufgegangen und seit 15. September ist die Reform eingeführt. Was hat das Staatsamt bevor es die Resultate geprüft hat, schon die Reform durchgeführt. Offiziell wurden die Lehrer nicht angehört; ~~waxdwx~~ Die Folge davon war, dass sie Ihnen bei der Wahl in die Lehrerkurie die Antwort gegeben haben. Sie haben einen Protest gegen die Schulreform eingelegt, weil sie vom fachmännischen Standpunkt mit dieser überstürzten Einführung nicht einverstanden sind. Seit die sozialdemokratische Partei die Majorität im Wiener Gemeinderat hat, hörte man im Stadtsenat immer, dass bei der Auswahl der Oberlehrer und Direktoren in erster ^{Linie} die ~~Qualifizierung~~ für die Schulreform eine Rolle spiele. Und nun ist diese Schulreform mit diesen neuen Oberlehrern und Direktoren eingeführt und ihren Vorgesetzten sind Schulinspektoren erwählt worden, die auch für die Schulreform sind und alle mit einander kennen sich nicht aus, was sie machen sollen. Die Sache wurde eben viel zu wenig vorbereitet. Ich halte die Lehrspaziergänge in vernünftigerweise einmal im Monat durchgeführt, für vollständig genügend. Aber dass in der Woche zwei bis drei Lehrspaziergänge gemacht werden, dass ist kein systematischer Unterricht. Die Aufgabe der Schule ist aber nicht der zufällige, sondern der systematische Unterricht. Was auf das Land ^{auch} passt, passt ~~xxxx~~ nicht in die Stadt. Heute müssen die Eltern Angst um ihre Kinder haben, wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin mit 30 Kindern durch die Strassen von Wien geht, wo soziale Gefahren drohen. Aber auch die begleitenden Lehrpersonen haben eine Angst, denn wer macht den Schaden gut, wenn ein Unglück passiert. Solange die Unterrichtsbehörde in dieser Sache nicht ein gewisses System hineinbringt, solange sie die Schulreform nicht in Einklang bringt mit den realen Bedürfnissen, können wir nicht dafür sein. Und wenn ich heute diesem Betrage zustimme, tue ich es mit dem Bewusstsein, dass er für etwas anderes viel wichtiger gewesen wäre.

GR. Jorde (Soz.-Dem.): Herr Kollege Rummelhardt hat vor einiger Zeit über denselben Gegenstand gesprochen; damals machte er vor der Schulreform einige Vorbeugungen. Nun scheint er durch den Wahlausgang umschwenken und andeuten zu wollen, dass in dieser Frage ein ziemlicher Umschwung eintreten werde. Aber der Wind aus

Osten hat sich in Wien nicht sehr stark gedreht und ich kann Sie nur versichern, dass die Sozialdemokraten mit aller Macht das begonnene Werk fortsetzen werden. Vom Standpunkte der Christlichsozialen ist es allerdings richtig, dass die Reform in das Schulwesen förmlich umstürzend eingegriffen hat. Aber dieser gründliche Wandel war durchaus notwendig. Die Sozialdemokraten haben nicht nur ein wirtschaftliches Trümmerfeld übernommen, sondern Sie haben uns auch ein geistiges Trümmerfeld hinterlassen. Eine Schule, wo im Jahre 30.000 Repetenten waren

GR. Linder (Soz.-Dem.): Das sind die christlichsozialen Wähler (Heiterkeit).

GR. Jorde: Die ganze Reform ist gründlich vorbereitet worden, es ist durchaus nichts überstürztes geschehen. Die ganze Zeit ~~während~~ während seiner Amtswirksamkeit hat sich Unterstaatssekretär Glückel damit beschäftigt, die Lehrerschaft wurde durch einige Kurse vorbereitet und an 180 Versuchsclassen in Wien die neue Methode erprobt. Von einer Überstürzung kann also hier nur böser Wille sprechen. Wenn Rummelhardt weiterhin meint, dass die Bevölkerung gegen die Reform ist, gibt er sich einer gründlichen Täuschung hin (Oberrufe bei den Christlichsozialen). Soweit die Bevölkerung auf unserer Seite steht, und fortschrittlich gesinnt ist, steht sie wie ein Mann hinter uns. Unwahr ist ferner, dass die ~~Lehrerschaft~~ Lehrerschaft vorher nicht gehört wurde. Die Frage stammt in der Lehrerorganisation seit einem Jahr zur Diskussion. Auch in der Lehrerkammer wurde sie gründlich beraten und besprochen. Die gesamte Lehrerschaft, soweit sie freiheitlich denkt, hat die Schulreform begrüßt, selbst Lehrer aus Ihrem Parteikreis sind fleißige Mitarbeiter an diesem Werke. Nur gewisse Kreise stammeln sich aus parteipolitischen Gründen gegen die Schulreform.

GR. Skaret (Soz.-Dem.): Die Reaktion ist dagegen!

GR. Jorde: Herr Rummelhardt scheint das Wesen der Reform gar nicht zu kennen. (Rummelhardt: Vor Ihnen werde ich es lernen!)

Es wird Ihnen nichts schaden. Das Wesen besteht darin, dass jetzt der Lehrer vollkommene Methodefreiheit hat, nicht an einem starren Stundenplan gebunden ist. Der Unterricht ist jetzt ganz auf die Persönlichkeit des Lehrers eingestellt. Ein tüchtiger Lehrer kann nach der alten und nach der neuen Methode erspriessliche Leistungen erzielen. Unzweifelhaft leide die Reform doch an gewissen Kinderkrankheiten. Beispielsweise macht sich bei den Lehrspaziergängen mitunter ein Ueberdoffer der Lehrerschaft geltend. Allein das sind Kleinlichkeiten und es ist andererseits ja auch begründlich, dass die Lehrer jetzt die schönen Herbsttage ausgenutzt haben und mit den Kindern fleißig spazieren gegangen sind. In der rauhen Jahreszeit werden diese Lehrgänge fast ganz unterbleiben

müssen. Es wurde auch von den Gefahren der Straße gesprochen, denen die Kinder auf den Spaziergängen ausgesetzt sind. Wir haben diese Gefahren immer bekämpft, während des ganzen Krieges als die Väter eingetücht waren und die Kinder auf den Straßen sich meist selbst überlassen blieben. Damals haben sich die Christlichsozialen um die Kinderfürsorge nicht gekümmert. Und die Gefahren der Straße sind zugleich vermindert, wenn die Schulkinder beispielsweise häufig in die Kirche geführt werden. Die Christlichsozialen sollen die Lehrspaziergänge fördern und unterstützen, nicht aber in der Bevölkerung dagegen hetzen. Die ganze Opposition des Herrn Rummelhardt scheint wirklich nur aus politischen Gründen hervorzugehen.

GR. Rummelhardt: Die Wahlen sind ja schon vorbei!

GR. Jorde: Aber die Demagogie haben Sie noch nicht verlernt!

Lassen Sie doch das Hergela. Soweit Fragen wirklich politischer Natur hier in Betracht kommen, werden sie auf politischem Boden ausgefochten, aber wirklich pädagogische Fragen dürfen nicht in das politische Parteigebäude gezerrt werden. Arbeiten wir doch in pädagogischen Dingen zusammen mit dem Willen nützlich zu schaffen. Trotz des Ausgangs der Wahlen bin ich überzeugt, dass die Schulreform am Ende ist und die Macht unserer Partei wird dafür bürgen, dass hier kein Schritt zurück, sondern nur nach vorwärts führen kann.

GR. Paulitschke (christl.-soz.) spricht im Namen der Eltern gegen die Schulreform, wie sie in die Tat umgesetzt wird und meint, dass die Reform für die Kinder nicht von Nutzen sein kann, wenn sie in höheren Schulen fortkommen wollen. Das sei auch die Ansicht von Mittelschulprofessoren. Die Nachteile der Schulreform seien grösser, als die Fehler, die früher seitens der Lehrerschaft geschehen sind. Die Kinder dürfen nicht als Versuchskaninchen verwendet werden, sondern sollen erzogen werden, damit sie ordentliche Staatsbürger werden.

GRin Dr. Alma Motzko (christl.-soz.) sagt, dass die Volksschulreform reformbedürftig sei, dass es aber fraglich sei, ob die Schulreform der richtige Weg zur Verbesserung sei. Wenn von einem zurückgelassenen geistigen Trümmerfeld gesprochen wurde, so müsse darauf hingewiesen werden, dass in der abgelaufenen Epoche die 4. Bürgerschulklasse eingeführt wurde, dass Schulküchen- und Schulgärten eingerichtet wurden und dass früher Schulen gebaut wurden, wofür jetzt kein Betrag mehr im Budget aufscheint. Hierdurch sei die Grundlage des Unterrichtes zerstört worden.

Zuerst müsse für die Reform die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden, wozu die Sicherung der Lehrerbildung gehört. Die Schulreform müsse zuerst in privaten Anstalten erprobt werden und erst wenn sie die Probe bestanden hat, könne sie in den öffentlichen Unterrichtsanstalten angewendet werden. Die Kinder seien ein viel zu kostbares Gut, als dass man mit ihnen Experimente macht.

GR. Hellmann (soz.-dem.) Ich möchte dort anschließen, wo die verehrte Vorrednerin aufgehört hat. Es ist nicht gut, dass die Kinder zu solchen Zwecken missbraucht werden. Nach meiner Auffassung bedeutet das nicht weniger als eine Beleidigung der ganzen Lehrerschaft und eine Beleidigung dessen, der die Schulreform geleitet hat und der Schulinspektoren. Wenn auch der Herr Kollege Rummelhardt meint, dass niemand weiss, was er tun soll, so muss ich sagen, er kennt die Sache so wenig, um ein solches Urteil abzugeben. Das Reichsvolksschulgesetz bestand durch 50 Jahre und damals hatte gerade Ihre Partei Zeit genug, eine solche Reform anzubahnen, dass unsere Kinder etwas lernen. Aber wie war es mit diesen Schulen bestellt. Das waren durchwegs Proletarierschulen. Sie haben auf die geistige Ausbildung des Proletariats keinen Wert gelegt, weil Sie Ihre Kinder in die Klosterschulen geschickt haben. Der ganze Geist dieser Volksschulen war ein solcher, wie er Ihrem Geiste entspricht. Und darum geht Ihnen die Schulreform auf die Nerven, weil die Kinder endlich zum Denken gebracht werden sollen. Der Handfertigkeitsunterricht ist keine Spielerei sondern eine wohldurchdachte Sache. Die Hauptsache ist die Beständigkeit des Unterrichts und davon haben Sie noch nichts. Unsere Lesebücher waren unter aller Kanone. Das haben auch die Lehrer Ihrer Partei anerkannt. Wenn Sie meinen, dass die junge Lehrerschaft nicht fähig ist, den Unterricht im Sinne der Reform zu erteilen, muss ich Ihnen sagen, dass das Lehrer sind, die sich nie mit dem Gedanken vertraut machen wollten. Ein vernünftiger Lehrer hat schon jahrelang in diesem Sinne gearbeitet. Endlich ist ein Mann an die Spitze der Unterrichtsverwaltung getreten, der zur Durchführung bringt, dass endlich einmal jeder frei unterrichten, wie es dem Sinne der Kinder entspricht. Endlich haben wir Gelegenheit, dass die Lehrer die Kinder hinausführen, ihnen die Stadt zeigen, sie auf die Fluren hinausführen. Es hat früher Kinder gegeben, die nicht einmal die innere Stadt gekannt haben. Es ist nicht nur die freisinnige Lehrerschaft, sondern auch Ihre Lehrer sitzen im Unterrichtsausschuss und arbeiten an der Reform mit. Wir wollen, dass auch die Proletariatskinder einmal fortkommen und beides Brot essen, wir wollen eine Bahn dem Tüchtigen, wie Sie seinerzeit verkündet und niemals eingehalten haben. Was hat sich

dieser Stadt bisher überhaupt um die Volksschule gekümmert. Wenn Sie sich darüber aufhalten, wenn ein Vorredner vom geistigen Trümmerfeld gesprochen hat, muss ich sagen, die Schule konnte nie in einem ärgeren Zustande sein, als unter Ihrer Herrschaft. Die Schulreform besteht und wird bestehen, wenn Sie auch noch drei Mandate gewinnen, sie ist nicht umzubringen, weil sie eine Notwendigkeit ist. Wenn Sie meinen, dass wir nicht so viele Schulen bauen wollen, wozu brauchen wir sie? Wenn die Kinderzahl während des Krieges so abgenommen hat. Es ist uns möglich mit Hilfe der bestehenden Schulen so wenig in eigene Klasse zu bringen, dass wir imstande sind, sie nach der Schulreform zu unterrichten. Sträuben Sie sich nicht, sondern halten Sie mit uns das Kind so hoch, dass wir ihm eine Erziehung angedeihen lassen, die im Interesse des Volkes ist.

GRin-Marie Kramer (Soz. Dem.) sagt, dass die Christlichsozialen es mit der Schulreform so machen wie mit dem Anschluss an Deutschland. Man könne aber nicht den Anspruch darauf erheben, eine geistig hochstehende Partei zu sein, wenn wir das, was die Schweizer schon vor 600 Jahren gemacht haben, als sie die Habsburger davon jagten, erst vor einem Jahre gemacht haben. Bei der Schulreform machen wir das, was die Schweizer schon längst gemacht haben. Dass die Schulreform unangenehm ist, liegt darin, dass der Lehrer zu einem denkenden Menschen gemacht wird. Die Lehrer sind unter christlichsozialer Herrschaft ^{vater} einem solchen Drucke gestanden, dass sie nie ehrlich ihre Meinung sagen konnten. Der Christlichsozialen Partei wird Gelegenheit gegeben werden, ihre fruchtbringende Arbeit zu zeigen. Die sozialdemokratischen Staatssekretäre haben heute ihre Demission eingereicht und die Christlichsoziale Partei wird nun Gelegenheit haben alles zu verbilligen und es auch die Schuhe zu verbilligen, was ihnen gesagt wurde, dass sie so teuer sind und dass sie bei den Lehrpazientergängen viel zerrissen werden. Die Christlichsozialen haben die Schuld an der Teuerung des Sozialdemokraten in die Schuhe geschoben. Jetzt wird man sehen, ob und wie die Gehälter und Pensionen höher werden und die Lebensmittel billiger. Ein Erfolg des Christlichsozialen Wahlsieges war der, dass gleich hernach die Valuta gerunken ist. Heute haben in die Schulreform so viele Leute hineingeredet, die davon nichts verstehen. Wenn man in der Schule steht, so sieht man wie gelernt wird und wie die Eltern ihre Freude dran haben. Teillich ist eben an der ganzen Schulreform, dass die Kinder aufgeklärt werden. Die Schule war unter den Christlichsozialen eine Quelle der Reaktionen, eine Vorbereitung dafür, dass der Mensch das Werkzeug der kapitalistischen Klasse abzugeben hat. Aber einen wirklichen earlyen Republikaner, der den Mut hat, seine Meinung zu vertreten, erzeugt nur die Schule.

Der Wahlsieg der Christlichsozialen Partei habe den Sozialdemokraten nichts geschenkt. Wenn eine Partei in der Zeit der aller-schlechtesten Konjunktur, in einer Zeit, in der mit so lächerlichen Lügen gearbeitet wurde, wie zum Beispiel die Erzählungen der Reichspest von den Gehältern der Staatssekretären, so muss man sich ja wundern, dass die Christlichsozialen sich nicht mehr um diese Stellen reißen. Wenn die sozialdemokratische Partei unter solchen Umständen nur 3 Mandate verloren hat, dann kann sie den Kampf weiter ruhig aufnehmen und sie wird es auch tun.

GR. Rummelhardt bemerkt, dass die Redner der Majorität den Christlichsozialen eigentlich im ganzen und großen Recht gegeben haben. Wenn ein Christlichsozialer das Staatsamt für Unterricht übernimmt, wird er die Schulreform durchaus nicht umbringen, sondern sie lediglich in zweckentsprechende für die Jugend nützliche Bahnen lenken. Solange das Reichsvolksschulgesetz besteht, müssen die Kinder sittlich religiös erzogen werden und wenn die Sozialdemokraten Experimente machen, die dieses Ziel gefährden, müssen sie sich unsere Kritik gefallen lassen. Schließlich erklärt Redner unter dem Beifall seiner Parteigenossen die Behauptung der Frau Kramer, als wären die Sozialdemokraten unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen in den Wahlkampf eingetreten, für durchaus falsch. Die Konjunktur sei im Gegenteil für sie sehr günstig gewesen, weil ihnen der ganze Wahlapparat zur Verfügung stand. Sie haben ihn denn auch auf das empfindlichste missbraucht und tausende Wahlstimmen auf diese Weise gewonnen. (Widerspruch bei der Mehrheit). Wenn Sie das ableugnen, werden wir hier im Gemeinderate eine Debatte abführen, und dafür sorgen, dass diese Vorgänge klar gestellt werden.

GRin-Gabriele Walter bekämpft die Auffassung der GRin Kramer über die Auswahl der Literatur zur Schullektüre und erklärt schließlich, dass die Schulreform schon von langer Hand vorbereitet war, von den Sozialdemokraten erst im Angriff genommen wurde, weil sie eben dazu günstige Gelegenheit hatten.

StR Speiser (soz.-Dem.) kommt in seinem Schlussworte auf die einzelnen Einwände, die in der Debatte über die Schulreform gemacht wurden, zu sprechen und gibt zu, dass die Pauschalien, die genehmigt werden sollen, eigentlich zu gering sind, und dass es schwer ist, für die Schulen die einzelnen sachlichen Bedürfnisse zu verschaffen. Aber Tinte, Kreide und Tafeltücher müssen bereitgestellt werden, und hierbei können er auch den Schülverwaltungen das Zeugnis nicht versagen, dass sie alle Sparsamkeit walten lassen. Wenn in den Schulen noch nicht alles in Ordnung ist, so müsse doch darauf hingewiesen werden, dass im vergangenen Jahre vieles von den hinterlassenen Kriegsschäden weggeblasen wurde, wenn auch alle Kriegsschäden nicht beseitigt werden konnten. Es bestehen grosse Schwierigkeiten, die Nachschaffungen zu vollziehen und alle Schäden auszubessern. Mit der Herrichtung der Schulräume wurde in vergangenen Jahre fortgefahren und heute ist schon eine bedeutende Verbesserung zu verzeichnen. Immerhin wird noch einige Zeit notwendig sein, um alles in Ordnung bringen zu können, von einem Schulkandal könne aber nicht gesprochen werden. Die eindreiviertel Millionen, die bewilligt werden sollen, werden nicht von anderen ersparten Geldern abgezwickelt, es wurden vielmehr in vergangenen Jahren die gesamten Ausgaben in einer ganz bedeutenden Weise gesteigert. Auch in der Frage der Lernmittel hat der Krieg in sehr zu spürender Weise seine Folgen hinterlassen. Das Lernmittelpauschale reicht natürlich heute nicht aus, und es sind schon Steigerungen beschlossen worden. Auch eine eigene Reparaturwerkstätte für Lernmittel wurde eingerichtet, und es ist zu hoffen, dass es in diesem Jahre gelingen wird, die noch vorhandenen schlechten Zustände zu beseitigen. Die Umgestaltung des Unterrichtes geht eben über den alten Unterricht hinaus. Wenn gefragt wurde, ob in dem Versuchsklassenpauschale auch das Pauschale für den Handarbeitsunterricht inbegriffen ist, so müsse dies verneint werden. Wenn gesagt wurde, dass die Pauschalien zu niedrig sind, müsse dies zugegeben werden, es müsse aber gesagt werden, dass das Geld für die Erhöhung vorhanden sein müsse. Die Mittel, die hier der Schulreform zufließen, sind aber nicht die einzigen und es müsse hier ein dankbares Wort der Elternvereinigung gesprochen werden, die die Reform in einer Weise unterstützt, die von tiefstem Verständnis spricht.

Wenn auf einzelne Dinge hingewiesen wurde, so müsse der Referent sagen, dass hierbei übertrieben wurde. Aber diese einzelnen kleinen Sache gehen neben der Begeisterung nebenher, die der grösste Teil der Lehrerschaft empfindet. Und wenn kleine Dinge benützt werden, um die grosse Sache herabzusetzen, so möchte Referent sagen, dass man eingesehen haben wird, dass man sich auf eine andere Seite wird stellen müssen. Im Unterrichtsausschuss, der Nationalversammlung habe sich übrigens die christlich-soziale

Partei auf die Seite der Schulreform gestellt. Die Männer, die die Unterrichtsreform gemacht haben, der gewesene Unterstaatssekretär Glöckel

GR Hummelhardt (christlichsozial): Gewessen?

(Gelächter bei den Sozialdemokraten)

GR StR Speiser (fortfahrend): Ein Mann, der sich seit einundeinhalb Jahren für die Kinder des Volkes geopfert hat und die anderen, die mittätig gewesen sind, darunter auch Mitglieder der christlichsozialen Partei, haben sie so weit getragen und gefördert, dass um die Reform nicht bange zu sein braucht. Glöckel war derjenige, der allerdings auf eine andere Weise auf dem Wiener Schuldienst getreten ist, als Hummelhardt, der die Schultüre solange verschlossen fand und dann erst mit dem Schulwesen in Verbindung kam, als ihm die Türe zum Unterrichtsamt geöffnet wurde; er und alle diese Männer, die an der Schulreform gearbeitet haben, werden an ^{ih}ren Arbeiten und sie zum Siege tragen. In den Ausstellungen des letzten Schuljahres sei es ein Vergnügen gewesen zu sehen, wie in den Kindern, Lehrern und Eltern der neue Geist lebt, der nichts politisches hat. Zwischen dem deutschen Reiche und der Republik hat sich ein reger Zusammenhang der Geister entwickelt und die Republik marschirt in den Fragen der Schulreform an der Spitze der deutschen Kultur. Die Erfindung der Oesterreicher ist die, dass sie in diesen Fragen Kühn zugegriffen haben und vorangegangen sind. Wenn gesagt wurde, dass die Schulreform hätte vorher erprobt werden sollen, so sei dem gegenüber zu stellen, dass sie in der Freien Schule 15 Jahre lang ausprobt wurde, und dem zuzufügen sei, dass die Kinder dieser Schule in der Mittelschule beliebt sind. Die Reform wurde sowohl im Reiche als auch in Wien in verschiedenen Anstalten erprobt. Wenn gesagt wurde, dass sie in der Abstimmung der Lehrerkurie eine Strömung gegen die Schulreform gezeigt habe, so müsse gesagt werden, dass diese Abstimmung eine politische war, und dass die Schulreform keine politische Sache sei. Die 3300 Stimmen, bestehen aus den Stimmen der Lehrerinnen und der Handarbeitslehrerinnen, denen auf der anderen Seite von 1100 Lehrern und Lehrerinnen gegenüberstehen. Auch die 1200 deutschnationalen Lehrer sind der Schulreform nicht abgeneigt. Die Abstimmung zeigt eben das Bild der Wiener Lehrerschaft, getrennt in einen fortschrittlichen und rückschrittlichen Lager. Solche Vorwürfe, wie dass jetzt keine Schulen gebaut werden, sollte man doch nicht machen. Es gibt in Wien Bezirke, in denen einzelne Klassen entbehrt wären und es gibt Proletarierbezirke, wo in einer Klasse 25 bis 55 Kinder sitzen und im 20. Bezirk eine Klasse, deren Kinderzahl an die früheren skandalösen Zustände grenzt. Wenn von den neuen Oberlehrern und Direktoren gesprochen wurde, so müsse darauf hin-

gewiesen werden, dass auch auf christlichsozialer Seite eine Lehrerin sitzt, die erst vor kurzem ernannt wurde. Ueber alle Fragen des Schulwesens wird ein Bericht vorgelegt werden, der zeigen wird, was in dem letzten Jahre auf dem Gebiete der Schule geleistet worden ist.

Es gibt eine Schulreformbewegung in Wien, in Deutsch-Oesterreich und auch im deutschen Reiche. Es war immer ein Stolz der Deutschen, dass sie auf die Schule so grossen Wert gelegt haben und immer nach jedem Kriege und nach jedem Zusammenbruche ist eine grosse Entwicklung des Schulwesens gekommen. Auf den Schlachtfeldern von Königgrätz ist die Schule vom Jahre 1869 geboren worden. Heute ist es nun doch wirklich Zeit, aus der 50 Jahre alten Schule etwas anderes zu machen, sie umzubilden auf dem Gebiete der Kultur. Auch nach diesem Kriege muss ein Fortschritt kommen in politischer und kultureller Hinsicht. Und wenn es vielleicht aussieht, dass dieser Fortschritt draussen nicht so rasch vorwärts geht, so kann gesagt werden, dass in Wien die Schulreform gefestigt und durchgeführt werden wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten).

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten einstimmig angenommen.

Bgm. Römann macht sodann folgende Mitteilung: Frau Amalie Seidel hat ihr Mandat im Bezirksschulrate niedergelegt. Es ist schon eine Neuwahl vorzunehmen. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich diese Wahl sofort auf die Tagesordnung setzen. (Allgemeine Zustimmung). Es wird der Abgeordnete Otto Glöckel vorgeschlagen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit und Hochrufe auf Glöckel). Bitte jene Damen und Herren, die mit der Wahl einverstanden sind, die Hand zu heben. Die Wahl Glöckels wird von der Mehrheit unter stürmischen Beifall bestätigt.

GR Speiser erstattet sodann eingehenden Bericht über die bekannte Beseidungsreform der städtischen Angestellten und Lehrpersonen einschliesslich der Pensionisten, schildert die Vorgeschichte dieser Reform und betont, dass der Kabinettsrat in seiner Sitzung vom 7. Oktober gegen eine Lösung der Beseidungsreform der Gemeindeangestellten von der Reform der Staatsangestellten keine Einwendung erhoben hat. Die Reform erfordert einen Gesamtaufwand von 540.7 Millionen Kronen, wovon die Gemeinde allein rund 240 Millionen zu tragen hat. Ueber die Bedeckung der Erfordernisse wird abgesondert berichtet werden.

GR Vangsain (chr.-soz.): Im Namen meiner Parteikollegen habe ich folgende Erklärung abzugeben. Wir werden für diese Vorlage stimmen, aber dagegen wir uns verwehren, ist die Art und Weise, die in einer so hochwichtigen Angelegenheit der Gemeinde behandelt wird. Wir haben wiederholt zugestimmt, dass

Auswärtigen an die Angestellten gegen nachträgliche Genehmigung gegeben werden. In diesem Falle liegt die Sache jedoch anders. Die Forderungen der städtischen Angestellten sind bereits Ende Juni d. J. erhoben worden. Es sind also dreieinhalb Monate Zeit zur Durchberatung vorhanden gewesen. Nichtsdestoweniger sind die Verhandlungen als Aussohung der Ministerialbehörde geführt worden, und dieselbe Tage vor den Wahlen am 14. Oktober, ist die Personalkommission am 11. Uhr der Personalinspektion und um 3 Uhr der Stadt-

rat einberufen worden. Der Gemeinderat kam erst heute, nachdem die Gebühren ausbezahlt worden sind, dazu, zu dieser Vorlage Stellung zu nehmen. Ich meine, dass das Unstatte unter welcher diese Vorlage in letzter Minute vor den Wahlen referiert wurde, in uns allen die Ueberzeugung wecken musste, dass wir ihnen nicht zu sehr darum zu tun war, die Vorlage der Bediensteten zu mildern sondern vielmehr darum, kurz vor den Wahlen auf die Bediensteten einzurücken. Eine Absicht, die allerdings vereitelt wurde.

Er vermisst weiter, daß in der Vorlage kein Wort davon enthalten ist, wie die Genossenschaften sich zur Unterstützung durch die Gemeinde verhalten, daß die Vorlage nichts sagt, über den verlorenen Bauaufwand. Er werde für die Vorlage stimmen, er sucht aber um Annahme der von seiner Partei gestellten Anträge.

GR. Rotter (chr. soz.) bemängelt, daß der Vorlage kein Plan beiliege, so daß man nicht wisse, wo die Gründe eigentlich liegen. Man wisse auch nicht wer konstatiert habe, daß die Gründe zu wenig bebaut sind. Am Schluß seiner Ausführungen urgiert er die seinerzeit von ihm gestellten Anträge wegen Ausgabe ermäßigter Frühfahrtscheine und ermäßigter Streckenkarten zM auf der Straßenbahn für die Schrebergärtner von Wohnort zu ihren Gärten.

StR. Grünwald betont in seinem Schlusswort, daß gegen das Referat keine prinzipiellen Einwände gemacht wurden. Was die staatliche Unterstützung beim verlorenen Bauaufwand anlange, so stehe die Gemeinde mit der Regierung in Verhandlung, es werde Sache der in einigen Tagen neuzubildenden Regierung sein, den Wünschen Ihrer christlichsozialen Parteifreunde in dieser Saale damit nachzukommen. Was die politische Seite der Frage anlange, so ist zu bemerken, daß die Siedlungsbewegung eben von arbeitenden Menschen und nicht von Hausherrn oder Bewohnern des Schottenringes getragen werde, und daß zumindest 90% der arbeitenden Menschen Sozialdemokraten sind.

Nach einer tatsächlichen Berichtung des GR. Reismann und Rotter (~~Reismann~~) werden die Anträge des Referenten unverändert angenommen.

Post 4 wird ohne Debatte genehmigt.

Ich glaube, dass der Wiener Gemeinderat das Wort hat, bei einer Vorlage, bei der es sich um 240 Millionen und um das Interesse der Diensteten handelt, auch sein Wort zu sprechen, und nicht erst nachträglich Ja und Amen zu sagen. Diese Erklärung wollte ich im Namen meiner Partei abgegeben haben.

GR. Deppler (christlichsozial) findet den Zeitpunkt nicht für passend, vom Alimentationsprinzip zum Leistungsprinzip überzugehen, wo noch täglich die Preise für alle Lebensbedingungen im Steigen begriffen sind, und bemerkt weiters, dass durch die vorliegende Gehaltserhöhung die Bediensteten besser gestellt sind, als die Familien. Auch die Pensionisten, besonders die Alt-pensionisten finden ihre Wünsche nicht befriedigt.

GR. Spieser (Soz.-Dem.) führt in seinem Schlussworte aus, die Vorlage sei nicht wegen der Wahlen zum Termin erledigt worden, sondern weil die Verhandlungen mit der Regierung in diesem Augenblicke zu einem Ergebnis geführt hatten und man auch nicht einen Moment gezögert habe, die Reform auch ins Werk zu setzen. Eine Verweigerung aus formellen Gründen sei wohl begründlich, aber sonst deplaziert, da die Minorität ja selbst für eine Beschleunigung gestimmt habe. Gegen die Ausführungen Depplers bemerkt Redner, man dürfe das Alimentationsprinzip nicht zu weit treiben, sonst würde der Grundgehalt bedeutungslos und im Gegensatz hierzu alle Erhöhungen nur im Wege von Zulagen erfolgen. Die Vorlage beinhaltet eine starke Betonung der Interessen der geistigen Arbeiter, und das ist es ja, was so lange schon gewünscht wurde. Die Vorlage wahrt auf der einen Seite die Interessen der geistigen und auf der anderen Seite die der kleinen und kinderreichen Angestellten. Wenn auch die Vorlage der Not der Zeit kein Ende bereite, so müsse sie doch als zufriedenstellend bezeichnet werden. Für die Pensionisten seien 60 Millionen Kronen ausgegeben worden und die Vorlage sichert, dass ein ausgedienter Bediensteter nicht unter 30.000 Kronen zu stehen kommt. Und wenn noch ein Einzelfall sich ergibt, so kann auch der ausgeglichen werden, durch die Vorlage werde jeder Wunsch, der in der derzeitigen Finanzlage an die Gemeinde gestellt werden kann, erfüllt.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge einstimmig angenommen.

Vize-Bgm. Hogg (christlich-soz.) übernimmt den Vorsitz.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über den Antrag, die rest-

lich verfügbaren Baracken der Lungenheilstätte Steinklamm der städtischen Kleingartenstelle um 8000 K per Stück zu überlassen, der Erlös von 87000 Kronen wird für die Erhaltung und den Ausbau der Lungenheilstätte verwendet. (Angenommen).

GR. Grünwald (Soz.-Dem.) berichtet über die sofortige Angriffnahme und Fertigstellung der Gartensiedlung, Rosenhügeln Altmandorf und stellt die bekannt/anträge.

GR. Ullreich (chr. soz.) bespricht in längeren Ausführungen einzelne Vorgänge in den Schrebergartenvereinigungen und sagt, dass es den Anschein habe, als ob alle Fragen der Schrebergärtner und die Siedlungsbestrebungen für die sozialdemokratische Partei monopolisiert werden sollen. Dagegen müsse er sich aller Entschiedenheit wehren. Er bespricht weiter die Vorlage und meint, dass es im Interesse der ganzen Sache gelegen wäre, wenn bei den Siedlungsaktionen der Siedler auch Eigentümer des Hauses wäre, so aber dass bei einem Verkauf die Gemeinde oder die betreffende Siedlungsgenossenschaft als Käufer in Betracht käme. Redner spricht sich für die Vorlage aus, die allerdings einiger Änderungen bedürfe. Seine Partei habe aber derselben zugestimmt, um die Sache nicht zu verzögern. Für die Zukunft müsse allerdings verlangt werden, dass die genaue Bestimmungen solcher Vorlagen künftighin rechtzeitig vorgelagt werden. Redner beantragt u. a. auch, dass auch eine andere Kleingarten-genossenschaft, die angrenzende Gründe bearbeiten, bei dieser Aktion mit einbezogen werden. Er beantragt weiters, dass die Gemeinde auch ihre eigenen Gründe, die sie an eine landwirtschaftliche Genossenschaft verpachtet habe, der Kleingartenbewegung zuführe.

GR. Beermann (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass die Gemeindeverwaltung durch die Vorlage ein Stück Kulturarbeit verwirkliche und einen weiteren Beitrag zur Erfüllung der von ihr gestellten sozialpolitischen Aufgaben tue. Durch das Siedlungswesen würden drei wichtige Fragen, die Frage der Ernährung, die Frage der Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Frage der Wohnungsnot berührt. Wenn letztere auch nicht behoben wird, so wird es doch möglich sein, den allgrößten Härten beizukommen. Redner widerlegt jenen Teil der Ausführungen des GR. Ullreich, der von der parteipolitischen Behandlung der Schrebergärtner in Siedlungsfragen handelt. Er betont, dass die politische Gesinnung der Mitglieder der Genossenschaften und Vereine der Gemeindeverwaltung bei Vergebung der Gründe selbstverständlich ganz gleichgültig sei, dass die Gemeindeverwaltung kein Hindernis bei der Ver-

gebung der Gründe an die Invaliden gebildet habe, sondern dass das Hindernis bei der christlichsozialen Verwaltung des Hofärztes zu suchen sind. Er betont, dass, wenn es gelingen würde, das Beispiel zu geben, in absehbarer Zeit einen Teil der Wohnungsuchenden von der Wohnungsnot zu befreien - es gibt derzeit 40.000 Mitglieder von Siedlungsgenossenschaften und 60.000 Mitglieder von Schrebergartenvereinen, die Wohnungen aufbauen wollen - so wäre damit ein großer Schritt in der Bekämpfung der Wohnungsnot getan.

GR. Regierungsrat Schmid (chr. soz.) begrüßt es, dass die Mitarbeit eines Architekten bei der Anlage vorgesehen sei, gibt aber den Befürchtungen der Privatarchitektenschaft darüber Ausdruck, dass den Genossenschaften verwehrt werden könnte, sich einen eigenen Architekten zu bestellen, sondern, dass ihnen irgendetwas ein bestimmter Architekt vorgeschrieben werde, was bei der trostlosen Lage der Architektenschaft Wiens von größter Bedeutung sei. Redner stellt schließlich einen entsprechenden Antrag.

GR. Rudolf Müller (Sozdem.) spricht dafür aus, dass in der Zeit der grossen Wohnungsnot ein Gesetz geschaffen werde, das den Hausherrn und auch den Mietern das Recht abspricht Wohnungen zu vergeben und dieses Recht der Gemeinde zusteht. Von einer Monopolisierung, wie GR. Ullreich ausgeführt hat, könne keine Rede sein, da jede Genossenschaft, die gut fundiert ist, die Unterstützung der Gemeinde finden wird.

GR. Schmitz (chr. soz.) begrüßt die in der Vorlage enthaltenen Ideen, erklärt aber, dass die Formulierung der Vorlage in ihren 8 Punkten zumindest als sehr lückenhaft zu bezeichnen sei, und dass seine Partei, wie sie es schon im Ausschusse erklärt habe, nicht zustimmen könne, dass diese Formulierung als prinzipiell verbindlich auch für andere noch zuschaffende derartige Siedlungen gelte.